



HESSISCHER LANDTAG

11. 07. 2012

Kleine Anfrage

des Abg. Gremmels (SPD) vom 31.05.2012

**betreffend Verbringung indischen Giftmülls nach Hessen
und**

Antwort

**der Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz**

Vorbemerkung des Fragestellers:

1984 starben Tausende Menschen bei einem der schlimmsten Chemieunfälle weltweit in der indischen Stadt Bhopal. Die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) verhandelt mit Indien über die Entsorgung von verseuchtem Material aus Bhopal. Vermutlich handelt es sich bei dem Giftmüll um Reste aus der Pestizid-Produktion und nicht mehr um Reste des Unfalls.

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie wurde die Hessische Landesregierung durch die GIZ im Vorfeld der Unterbreitung über eine mögliche Verbrennung des Giftmülls aus Bhopal in Deutschland beteiligt?

Die Landesregierung wurde von der GIZ bislang nicht beteiligt.

Frage 2. Ist aus Sicht der Landesregierung die HIM GmbH in Biebesheim ein geeigneter Standort für die Verbrennung des indischen Giftmülls?
Falls ja, weshalb?

Frage 3. Welche Schadstoffe könnten aus Bhopal nach Hessen kommen?

Frage 4. Wie schätzt die Landesregierung die Gefährdung durch diesen Müll für die Umwelt und die hessische Bevölkerung ein?

Die Fragen 2, 3 und 4 werden zusammen beantwortet.

Aus Sicht der Landesregierung stellen sich diese Fragen derzeit nicht. Sie könnten auch nicht beantwortet werden, da die genaue Art und Beschaffenheit der Abfälle nicht bekannt sind.

Frage 5. Wer übernimmt die Kosten für die Entsorgung des Mülls?

Dazu liegen keine Erkenntnisse vor, da hessische Stellen an den Verhandlungen nicht beteiligt sind.

Frage 6. Wurde in Erwägung gezogen, die nötigen Anlagen nach Indien zu liefern, um den Müll vor Ort gegebenenfalls mithilfe einer Unterstützung durch Experten der HIM fachlich zu entsorgen?

Es ist nicht bekannt, ob die GIZ dies in Erwägung gezogen hat.

Frage 7. Widerspricht aus Sicht der Landesregierung eine mögliche Lieferung des Giftmülls aus Indien nach Hessen/Deutschland der UN-Giftmüll-Konvention (bitte Begründung der Antwort)?

Indien ist ebenso wie die Europäische Union Vertragspartei des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung. Die Verordnung zur Verbringung von Abfällen (EG) Nr. 1013/2006 setzt das Basler Übereinkommen unmittelbar in den Mitgliedstaaten der EU um. Danach müsste der indische Staat der zuständigen hessischen Behörde vor einer beabsichtigten Einfuhr

der Abfälle einen hinreichend begründeten Antrag unterbreiten. Zur Begründung wäre darzulegen, dass Indien die technische Kapazität und die erforderlichen Anlagen für die umweltgerechte Beseitigung der Abfälle nicht besitzt und billigerweise nicht erwerben kann. Unter der Voraussetzung, dass ein derartiger Antrag gestellt würde und hinreichend begründet werden könnte, würde die Verbringung dieser Abfälle nach Deutschland die Durchführung eines Notifizierungsverfahrens voraussetzen.

Wiesbaden, 26. Juni 2012

Lucia Puttrich